

WISO

Nr. 1|2/24
Juni 2024
47. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt:
Demokratie unter Druck

Tamara Ehs, Martina Zandonella: Ungleichheit und politische Teilhabe • *Christine Unterrainer, Severin Hornung, Thomas Höge, Wolfgang G. Weber:* Arbeitswelt und Demokratie • *Tobias Doppelbauer, Dirk Lange:* Inklusive Bürgerschaft als Chance für die Demokratie • *Birgit Sauer:* Gender und die autoritäre Rechte • *Andreas Peham:* Rechtsextremismus und Jugend

WISO Praxisforum

Wolfgang Gerstmayr, Helmut Ruß: Union Busting als alltägliche Normalität • *Michael Hinterberger, Karin Mach:* Langbein-Symposium: Politische Bildung nach Auschwitz

AK Wissenschaftspreis 2023 – Teil 1

Ruth Fartacek: Just Transition am Mietwohnungsmarkt • *Iryna Sauca:* Strategische öffentliche Beschaffung

Mobilisierung gegen Gender und das antidemokratische Projekt der autoritären Rechten

1. Einleitung, Kontext und Ziel	76
2. Hintergründe und Kontexte der rechten Anti-Gender-Mobilisierung	78
3. Krisendiskurse, moralische Panik und maskulinistische Identitätspolitik	79
4. Autoritäre Anknüpfungspunkte und antidemokratische Projekte rechter Parteien	86

Birgit Sauer

*Birgit Sauer war
bis Oktober 2022
Professorin für Politik-
wissenschaft an der
Universität Wien. Ihre
Forschungsschwer-
punkte umfassen
feministische Staats-
und Demokratietheorie,
Politik und Emotionen
sowie Geschlecht
und autoritär-rechte
Akteur*innen.*

Etabliert geglaubte Demokratien laufen Gefahr, in undemokratische Richtung zu kippen

1. Einleitung, Kontext und Ziel

Dieses Jahr 2024 wird von vielen als „Superwahljahr“ bezeichnet, nicht nur weil viele entscheidende Wahlen bevorstehen, die Österreich mittel- und unmittelbar betreffen – die Wahlen zum EU-Parlament, Landtagswahlen in drei deutschen Bundesländern, die Nationalratswahlen in Österreich und die Wahl des US-amerikanischen Präsidenten. Vor allem steht zu befürchten, dass rechte, rechtspopulistische und rechtsautoritäre Parteien und Akteure wie die Freiheitliche Partei in Österreich (FPÖ) oder die Alternative für Deutschland (AfD) oder Donald Trump entscheidende Mehrheiten gewinnen. Als etabliert geglaubte Demokratien laufen mithin Gefahr, in eine undemokratische Richtung zu kippen.

In der wissenschaftlichen wie der öffentlichen Debatte wird seit einiger Zeit von der „Normalisierung“ der politischen Rechten gesprochen (Wodak 2020). Normalisierung bezeichnet Prozesse der Verschiebung des politisch Sagbaren nach rechts, die Hegemonie bestimmter rechter Ideologeme in öffentlichen Debatten oder die Umsetzung rechtsautoritärer Politiken durch Mainstream-Parteien, sichtbar insbesondere in der Migrations- und Asylpolitik. Der einst gegenüber rechtsautoritären Parteien gezogene *Cordon sanitaire* wird sukzessive ausgehöhlt, und vor allem konservative Parteien wie die österreichische Volkspartei (ÖVP) oder die bundesdeutsche Christlich Demokratische Union (CDU) bzw. ihr bayerisches Pendant, die Christlich-Soziale Union (CSU), spielen mit dem Gedanken, Regierungskoalitionen mit rechtsautoritären Parteien einzugehen oder aber sich von ihnen unterstützen zu lassen, und dies, obwohl diese Parteien trotz ihrer Forderungen nach mehr „direkter“ Demokratie antidemokratische Ziele verfolgen. Konservative Parteien entwickelten außerdem die wahlaktische Strategie, Deutungen autoritär-rechter Parteien zu übernehmen, wohl in der Hoffnung, verlorene Wähler:innen zurückzugewinnen.

Mobilisierung mit emotionalisierten und emotionalisierbaren Themen

Doch wie ist es dazu gekommen, dass rechtsautoritäre Vorstellungen und Erzählungen von den Bürger:innen als akzeptabel betrachtet werden? Mein Beitrag fragt danach, wie es rechten Parteien in den vergangenen zehn Jahren gelungen ist, mit ihren Themen gesellschaftliche Hegemonie herzustellen. Hegemonie bedeutet, dass rechte Parteien ihre auf Ungleichheit abzielenden, auf autoritäre Führerschaft setzenden Politikprojekte einer wachsenden Gruppe von Wähler:innen plausibel machen, sie in den Köpfen, aber auch in den Herzen der Bürger:innen verankern konnten. Mich interessiert das, was die rechten Akteur:innen

„Metapolitik“ nennen, also ihre Fokussierung auf kulturelle Dimensionen gesellschaftlicher Ordnung, auf das Alltagsleben, den Alltagsverständ bzw. die existierenden Alltagspraktiken der Menschen, um politische Macht zu erringen.

Dazu verfolgen autoritär-rechte Parteien emotionale Strategien, sie mobilisieren mit emotionalisierten und emotionalisierbaren Themen. Eines dieser Themen ist ganz ohne Zweifel Migration, Flucht und Asyl, doch ein anderes, ebenso emotionalisierbares Thema, das an der Identität, ja am Körper eines jeden Menschen ansetzt, ist das Geschlecht. Geschlecht eignet sich für die metapolitische Strategie der Erringung kultureller Hegemonie besonders gut, weil jeder Mensch ein Geschlecht (zugeschrieben) bekommt. Autoritär-rechte Parteien schlossen sich daher seit den vergangenen 20 Jahren der globalen Anti-Gender-Bewegung an.

Das Ziel meines Beitrags ist es, zum einen zu zeigen, wie rechte Parteien mit dem Geschlechter-Thema kulturelle Hegemonie herstellen konnten. Mein Argument ist folgendes: Die Strategie der autoritären Rechten setzt an der Vorstellung von Männern als Opfer an – als Opfer von Gleichstellungspolitik, von neoliberalen Transformationen im Zeichen der Globalisierung sowie von liberalen politischen und kulturellen Eliten. Die politische Rechte präsentiert sich daher als Retter in dieser Situation mit einer Strategie, die ich als „männliche“ oder „maskulinistische Identitätspolitik“ bezeichne. Zum anderen will ich herausarbeiten, wie mit dieser Form von Identitätspolitik ein autoritäres und antidemokratisches politisches Projekt vorangetrieben werden soll. Die Beispiele, anhand derer ich meine Argumente belegen werde, stammen von der FPÖ und dem österreichischen Team Stronach sowie von der AfD und den Identitären.

Strategie der autoritären Rechten setzt an Vorstellung von Männern als Opfern an

Ich werde zunächst die ökonomischen, sozialen und politischen Hintergründe dieser Mobilisierungsstrategie beleuchten. Dann stelle ich die Ideologeme der Anti-Gender-Strategie dar und zeige, wie die rechten Parteien eine moralische Geschlechter- und Sexualitätspanik mobilisieren und identitäre Kompensation versprechen. Abschließend stelle ich die autoritären und antidemokratischen Implikationen dieser Strategie dar.

2. Hintergründe und Kontexte der rechten Anti-Gender-Mobilisierung

Der Umbau europäischer Gesellschaften stand in den vergangenen 30 Jahren im Zeichen neoliberaler Globalisierung. Diese führte zu fundamentalen Transformationen im Zeichen einer Dominanz von Ökonomie und Markt: Deregulierung von Erwerbsarbeit, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Abbau sozialstaatlicher Sicherung und Finanzialisierung des Alltags, z.B. durch Verschuldung für Kredite oder die Privatisierung von Pensionsversicherungen. Das Leben eines Großteils der Menschen wurde unsicherer und schwerer kalkulierbar. Durch Globalisierung motivierte Migration, Flucht vor Kriegen und dadurch steigende Diversität in europäischen Ländern, vor allem aber Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Inflation trugen zum Eindruck des Kontrollverlusts über das eigene Leben und des Versagens von Regierungen bei.

Doch die neoliberale Umstrukturierung zeitigte durchaus widersprüchliche Effekte. Diese Form des kapitalistischen Wirtschaftens benötigte

Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und Abbau sozialstaatlicher Sicherungen

nämlich die Integration von Frauen in die Erwerbsarbeitswelt sowie das Einfrieren des sogenannten Familienlohns

und, daran geknüpft, Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Gleichstellung von Frauen. Doch eine gleichzeitige Entlastung von Sorgearbeit erfolgte nicht, sodass das Angebot an öffentlichen Kinder- und Pflegeeinrichtungen völlig unzureichend blieb. Diese Situation bildet bis heute eine Herausforderung vor allem für Frauen, die sich keine Care-Arbeiterin zukaufen können und gleichzeitig Sorge um ihren (oft prekären) Erwerbsarbeitsplatz haben. Die Individualisierung durch die neoliberale Wirtschaftsweise förderte schließlich auch die Anerkennung von sexueller Diversität.

Die neoliberale partielle Auflösung der geschlechterdifferenzierenden Sphären trennung von öffentlich und privat durch die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit, in Politik und Staat ließ festgefügte Ordnungen erodieren – in der (heterosexuell gedachten Klein-)Familie, am Arbeitsplatz, in der politischen und medialen Öffentlichkeit.

Diese neoliberalen Veränderungen hatten auch emotionale Konsequenzen, nämlich Angst vor der Möglichkeit sozialer Prekarisierung, Scham, im neoliberalen Wettbewerb am Arbeitsplatz, aber auch in der Freizeit

zu versagen, sowie Wut auf jene, die Unterstützung vermeintlich nicht verdienten. Daher ist neoliberaler Mobilisierung auch mit dem Recht auf egoistische Gier und Geiz sowie auf Verachtung, wenn nicht Hass gegenüber jenen, die dem Konkurrenzkampf nicht standhalten, verbunden. Diesen neoliberalen Exzess an Affekt und Emotionen konnten autoritär-rechte Parteien und Organisationen aufgreifen und für ihre Mobilisierung nutzen.

Bündelung von Emotionalität und Anzettelung von Kämpfen um Geschlecht und Sexualität

Sie bündeln die Emotionalität und zetteln Kämpfe um Geschlecht und Sexualität an. Die Re-Definition neoliberaler Veränderungen im rechten Anti-Gender-Kampf fügt sich in den Kampf der Rechten um kulturelle Hegemonie und politische Macht ein, um autoritäre Lösungen der als Krisen wahrgenommenen und (um-)gedeuteten Transformationen voranzutreiben.

Die Auflösung vermeintlich sicherer, trtierter Geschlechter- und Sexualitätsordnungen bietet den autoritär-populistischen Akteur:innen geradezu perfekte Anknüpfungspunkte, waren und sind doch Kämpfe um Geschlechter- und Sexualbeziehungen im Laufe der Geschichte stets emotionale Kämpfe *und* Kämpfe um Emotionen und Affekt. So war beispielsweise die Emotionalisierung der heterosexuellen Kleinfamilie und deren Liebesideal in der bürgerlichen Moderne des 19. Jahrhunderts Ausdruck und Movens der Entwicklung kapitalistischer Produktionsweise und der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft.

3. Krisendiskurse, moralische Panik und maskulinistische Identitätspolitik

Seit der letzten Dekade rückten neben dem Migrationsthema Geschlecht und Sexualität ins Zentrum rechtsautoritärer Kämpfe um kulturelle Hegemonie und politische Macht. Die rechten Akteur:innen sind geradezu „besessen“ von „Gender“ (Roth & Sauer 2022). Dass rechte Parteien ein besonderes Interesse an Geschlecht haben, ist historisch nicht neu, spielten doch Mütter in rechten und rechts-extremen nationalistischen Ideologien stets eine bedeutende Rolle für die Reproduktion der heterosexuellen Kleinfamilie und der Nation (Birsl 1994; Rommelspacher 2011). Wie allerdings die neu-rechten Parteien AfD und FPÖ den Geschlechterdiskurs formen, damit er sich in ihren Kampf um kulturelle Hegemonie und politische Macht einfügt, hat durchaus Neuigkeitswert.

*Mobilisierung
gegen Gender als
wissenschaftliches
Konzept*

Autoritär-rechte Parteien in vielen europäischen Staaten beteiligen sich seit etwa 20 Jahren an der Mobilisierung gegen „Gender“ als ein wissenschaftliches Konzept, das Zweigeschlechtlichkeit in Frage stellt, gegen „Gender Studies“ als eine Forschungsrichtung, die sich mit interdisziplinärem Blick mit der gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und historischen Bedeutung von Zweigeschlechtlichkeit auseinandersetzt, gegen Gleichstellungspolitik, die sich unter der Bezeichnung „Gender Mainstreaming“ neuen Strategien der Geschlechtergleichstellung jenseits der bloßen Fokussierung auf Frauen zuwendet.

Die Anti-Gender-Bewegung wurde ursprünglich von den großen globalen Kirchen nach der UN-Welt-Frauenkonferenz in Beijing gestartet, um insbesondere das Recht auf Abtreibung sowie Homosexualität – auch unter dem „Gender“-Dach versammelt – zu bekämpfen. Autoritär-rechte Parteien haben neben der generellen Abwehr von „Gender“ auch diese Themen in ihr antifeministisches Portfolio aufgenommen (Hark & Villa 2015; Kuhar & Paternotte 2017).

*Rechte Anti-
Gender-Narrative:
Beharren auf der
Natürlichkeit
von Geschlech-
terbinarität und
Geschlechter-
hierarchie*

Wie lauten nun die rechten Anti-Gender-Narrative? Die autoritär-rechten Akteur:innen kritisieren die Dekonstruktion von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität und beharren demgegenüber auf der Natürlichkeit von Zweigeschlechtlichkeit, auf einem klaren Unterschied zwischen zwei distinkten Geschlechtern und auf deren heterosexuellen Begehrten (zu den folgenden Argumenten Mayer & Sauer 2017). In der Wochenzeitschrift der FPÖ *Zur Zeit*¹ wurde bereits am Ende der 1990er-Jahre, also bevor sich die FPÖ der Anti-Gender-Bewegung anschloss, die „mangelnde Anerkennung der biologischen Fundiertheit der Geschlechterdifferenz“ beklagt (ZZ 29, zit. in Geden 2004: 75) und die Präsenz von Männern in der Öffentlichkeit als „artgerechte Rollenaufteilung“ gepriesen (ZZ 71, zit. in Geden 2004: 76). Die frühere FPÖ-Politikerin und Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz war eine der ersten rechten Politiker:innen in Europa, die die Anti-Gender-Kampagne von rechtsliberalen Journalisten wie Volker Zastrow (2006) aktiv aufgenommen hat. Sie beschwore (nicht zu Unrecht) die Gefahr, dass Gender Studies sowohl die Natürlichkeit der beiden Geschlechter wie auch ihre eindeutige Unterscheidbarkeit aufheben wollten. In ihrem Buch *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen* (Rosenkranz 2008) hebt sie gegen die dekonstruktive Idee von „Gender“ die Natürlichkeit der

Geschlechterbinarität und daher Geschlechterhierarchie hervor (ebd.: 39–40). Das liest sich z. B. so: „Die Gender-Theorie geht weit über die vordergründig behauptete Gleichstellung hinaus. Sie ist nichts weniger als die versuchte Abschaffung biologisch bedingter Geschlechter, das Ende von Mann und Frau.“ (Ebd.: 40) Gender Mainstreaming ziele auf Geschlechtsumwandlung.

Die Dekonstruktion dieser Geschlechter- und Sexualitätsordnung bringe die tradierte Ordnung der Familie sowie der Nation und des Staates ins Wanken. Hier führt die autoritäre Rechte den Geburtenrückgang ins Feld und beschwört die Gefahr, dass die autochthone Bevölkerung aussterbe (ebd.: 11 und 147). Dies gipfelt in Verschwörungsnarrativen vom „Großen Austausch“, die die Identitären verbreiten (kritisch: Goetz 2017). Das Buch des rechts außen stehenden deutschen Sozialdemokraten Thilo Sarrazin (2010) *Deutschland schafft sich ab* enthält ähnliche Argumente, verknüpft wie im autoritär-rechten Diskurs mit dem rassistischen Argument, dass vor allem Migrant:innen mit ihrem Kinderreichtum zum Demografieproblem beitreügen.

Mit der organizistischen Vorstellung eines Naturzusammenhangs von Mann und Frau, Volk und Nation (Krah 2024: 16) werden im Geschlechterdiskurs der autoritären Rechten die Familie und die traditionell-hierarchische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hervorgehoben. Diese wird heute allerdings weniger mit der Zuschreibung von Frauen auf biologische Mutterschaft allein legitimiert. Vielmehr solle, so beispielsweise die FPÖ, die „freie Wahl“ zwischen Beruf und Mutterschaft realisiert werden, damit sich Frauen (und klarerweise nur Frauen) bewusst für den Beruf der Mutter entscheiden könnten (Mayer et al. 2016). Wahlfreiheit bedeutet für Frauen, im Duktus der FPÖ, „ohne finanzielle Sorgen selbst bei ihrem Kind zu bleiben“ (Neue Freie Zeitung 26,² zit. in: Geden 2004: 73).

Autoritäre Rechte heute: Wahl zwischen Beruf und Mutterschaft

Schließlich kritisieren FPÖ, AfD und weitere rechte Organisationen die vermeintlich überzogene Gleichstellungspolitik unter dem Label von Gender Mainstreaming, die im Unterschied zur Frauenpolitik der 1970er-Jahre über das Ziel hinausschieße. Frauenfördernde Maßnahmen hätten die Gleichstellung von Frauen mit Männern bereits erreicht, mehr Gleichstellungspolitik sei schädlich, so z. B. Andreas Unterberger (2015: 148–149).³ In gleicher Weise verfolgen das AfD-Programm (AfD 2016: 11) und das Handbuch der FPÖ für

ihre Funktionär:innen (FPÖ-Bildungsinstitut 2013) diesen antigleichstellungspolitischen Impuls. Gleichstellung wird als Angleichung von weiblichen an männliche Lebensentwürfe abgelehnt – Weiblichkeit wie Männlichkeit gingen so verloren (Krah 2024: 39).

Gender Mainstreaming wird oftmals auf geschlechtersensible Sprache reduziert, die zur Verwirrung bei Schüler:innen führe und zu viel Geld koste, so der Tenor einer Parlamentarischen Anfrage der FPÖ im April 2021.⁴ Im Positionspapier der deutschen Pegida (Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes) vom Dezember 2014 wird Gender Mainstreaming als „wahnwitzig“ bezeichnet, als eine „zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache“.⁵

Paradox: Kritik an Gleichstellung bei gleichzeitiger lautstarker Kritik an Geschlechterungleichheit in muslimischen Communitys

Diese Kritik rechter Akteur:innen an geschlechtergerechter Sprache ist inzwischen normalisiert und hat in Österreich Eingang in den „Österreichplan“ von Bundeskanzler Nehammer gefunden. Dort heißt es: „‘Gendern’ hat nicht nur in der Sprache, sondern auch im Alltag oftmals problematische Konsequenzen. So haben beispielsweise biologische Männer an Sportveranstaltungen für Frauen teilgenommen [...]. Es braucht mehr Schutz für Frauen in Österreich statt fragwürdiger Gender-Praktiken.“ (ÖVP 2024: 57)

Trotz Kritik an zu viel Gleichstellung kritisiert die autoritäre Rechte Geschlechterungleichheit besonders laut in muslimischen Communitys. Eine vermeintlich in europäischen Gesellschaften bereits erreichte Geschlechtergleichheit wird gegen Migrant:innen, vor allem gegen muslimische Männer, in Stellung gebracht. Diese gelten als patriarchal, vormodern, frauenfeindlich und gewalttätig. Dieses diskursive Phänomen bezeichnet Sara R. Farris (2017) als „Femonationalism“, als Aufwertung der eigenen Nation als feministisch und gleichstellungsorientiert. Gabriele Dietze (2016) spricht von „Ethnosexismus“, also der Konstruktion abgewerteter Ethnien mit dem Argument des Sexismus.

Im Rahmen ihrer Anti-Gender-Strategie beschwört die autoritäre Rechte geschlechts- und sexualitätsspezifische Bedrohungsszenarien, insbesondere die Gefährdung von Männlichkeit sowie von männlichen Werten, und formt daraus eine „Krise der Männlichkeit“. In dieser hochemotionalen moralischen Geschlechter- und Sexualitätspanik geht es um den Verlust männlicher Vormachtstellung,

beispielsweise der privilegierten Stellung in der Familie durch die Erosion des männlichen Familiennährer-Modells, aber auch durch die größere Sichtbarkeit von Frauen im Erwerbsleben oder in den Medien. Dies habe zu einer „Feminisierung“ der Gesellschaft, so Werner Reichel (2015: 109) in der erwähnten Publikation des Team-Stronach-Verlags, und damit zur Auflösung einer vermeintlich „guten Ordnung“ – von der Familie bis hin zur Nation bzw. zum Volk – geführt.

Männer werden in mehrfacher Hinsicht als Opfer der politischen Eliten, von Gleichstellungspolitiker:innen und Feministinnen gezeichnet. Sie seien von benachteiligenden Scheidungsgesetzen bedroht, die Frauen bevorzugten und Männern ihre Kinder raubten. Auch gesetzliche Maßnahmen gegen Partnergewalt und sexuelle Belästigung bildeten eine Bedrohung der Position von Männern gegenüber Frauen und mache sie anfällig für Verleumdung (Unterberger 2015: 152–156). Natürliche männliche Eigenschaften wie Stärke, Mut und Aggressivität würden abgewertet (Reichel 2015: 109). Dieser Prozess beginne bereits in der Schule, wo Buben ebendiese männlichen Eigenschaften nicht mehr entwickeln dürften, sondern sich an das Verhalten von Mädchen anpassen müssten (ebd.). Sie werden, wie der deutsche AfD-Rechtsaußen Björn Höcke (2018: 114) schreibt, zu „Weicheiern“ erzogen.

Weiße Männer können daher ihre Aufgabe des Schutzes von Frauen und der Familie nicht mehr wahrnehmen. Dies habe, so das rechts-autoritäre Narrativ, die sexualisierte Gewalt gegen Frauen in der Silvesternacht 2015 vor Augen geführt. Diese Vorfälle beutet die autoritäre Rechte diskursiv aus, um einerseits den Verlust von weißer Männlichkeit zu beklagen, andererseits aber die besondere Aggressivität vor allem muslimischer Männer wie auch die Tatsache, dass Gewalt (gegen Frauen) ein importiertes Phänomen sei, zu betonen. Ein die Bildsprache der feministischen Anti-Gewalt-Bewegung adaptierendes Beispiel ist das Video der Frauengruppe der Identitären Bewegung „120 Dezibel“, mit dem Titel *Frauen wehrt Euch*.⁶ In persönlich klingenden Statements klagen junge Frauen die bundes-deutsche Regierung an, sie nicht vor importierter Gewalt von migrantischen Männern zu schützen.

*Diskursive
Ausbeutung
sexualisierter
Gewalt*

Männer der Mehrheitsgesellschaft werden schließlich auch als in ihrer Sexualität bedroht gezeichnet – bedroht durch die vermeintlich wilde, ungebändigte Sexualität von Migranten, während

die Sexualität der weißen Männer domestiziert sei. Migrantische Männer erscheinen so als gefährlich, als ein Risiko für europäische Gesellschaften. Der EU-Kandidat der AfD Maximilian Krah (2024: 41) schließlich beklagt – ganz im Stil aggressiver weißer Männergruppen wie der „Incels“ („Involuntary celibates“), der unfreiwillig Zölibatären – das Absinken des Testosteronspiegels, das er als Indiz für den Niedergang biologischer Männlichkeit deutet, die daher in der Konkurrenz um Frauen notwendig versagen müsse.

Neoliberale Transformationen auf Kosten weniger besitzender Gruppen als Verlust traditioneller Männlichkeit umgedeutet

Freilich beschwören die autoritären Rechten auch die Bedrohung männlicher Sexualität durch Homo- und Transsexualität (so Unterberger 2015: 151) und sie organisieren Aktivitäten gegen die, wie sie schreiben, „Homo- und Translobby“, gegen die „Globohomo“-Ideeologie, die bereits Kinder und Jugendliche in der Schule beeinflusse, so die FPÖ in einer Presseaussendung (FPÖ Wien 2022). Der Begriff „Globohomo“ ist ein abwertender Angriff auf eine vermeintlich „globale Homogenisierung“ durch Multikulturalismus sowie eine globale homosexuelle Verschwörung.

Die neoliberalen Transformationen, die sich zugunsten von besitzenden Gruppen und auf Kosten weniger besitzender gesellschaftlicher Gruppen auswirkten (Piketty 2014), so lässt sich resümieren, werden von der autoritären Rechten als Bedrohung und Verlust traditioneller Männlichkeit, von heroischer und souveräner Männlichkeit umgedeutet.

Gegen diese Opfererzählung setzen die rechten Akteur:innen ihr Rettungsnarrativ und schlagen das vor, was ich maskulinistische Identitätspolitik nenne, nämlich die Bestärkung und Resouveränisierung von Männlichkeit (zum Begriff: Forster 2006) und das Versprechen, traditionelle, hierarchische Geschlechter- und Familienverhältnisse, aber auch ein autonomes, auch aggressives männliches Subjekt sowie eine Frau, die zu beschützen und zu versorgen ist, wiederherzustellen.

Björn Höcke beispielsweise will der vermeintlichen Krise mit einer neuen heroischen, ja militaristischen Männlichkeit begegnen. Auf einer AfD-Demonstration im November 2015, also nach dem „Sommer der Migration“, schwor er seine Zuhörer:innen entsprechend ein: „Ich sage: Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir

mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“⁷

In Österreich begann diese militaristisch-männerbündlerische Berufung auf Männlichkeit bereits früher als in Deutschland, vermutlich wegen der festen Verankerung der FPÖ in Burschenschaften bzw. im Cartellverband. Im Jahr 1999 rief beispielsweise die Wochenzeitschrift *Zur Zeit* auf: „Neue Männer braucht das Land“ (ZZ 87, zit. in Geden 2004: 76) – auch dies die Aneignung eines feministischen Liedtextes der Ina Deter Band aus dem Jahr 1982. Diese neuen Männer sollen sich auszeichnen durch den „Einsatz für [...] Heimat, Volk und Vaterland“, sie seien „Kameraden in der Uniform, dem Ehrenkleid der Nation, [die] zur Waffe greifen und ihr Leben hingeben“ (ZZ 96, zit. in Geden 2004: 78).

Militaristisch-männerbündlerische Berufung auf Männlichkeit

Die „Wiedererringung“ von Männlichkeit, die Björn Höcke fordert und zugleich verspricht, enthält die Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit sowie männlicher Suprematie. Dies impliziert die Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften: Höcke spricht von „Wehrhaftigkeit“, Werner Reichel (2015: 109) von „Mut“ und „Risiko“, die Männer wieder erlernen sollen. Damit ist auch eine emotionale Resouveränisierung von Maskulinismus verbunden – nämlich das Recht darauf, aggressiv, wütend und hasserfüllt zu sein, insbesondere gegenüber den als „Andere“ Identifizierten sowie gegenüber der politischen Elite. Marc Jongen (2017), der AfD-Chefideologe, propagierte in diesem Sinne im bundesdeutschen rechten Thinktank „Institut für Staatspolitik“ ein „Thymos-Training im Zeitalter der Migration“, ein Trainieren maskulinistischer Aggressivität, also die rechtmäßige Betonung von Mut, Zorn und Aggressivität sowie die Notwendigkeit, diese „Tugenden“ gegen Einwanderer einzusetzen.⁸ Die Identitären Bewegung Deutschland organisierte – zum Zwecke der körperlichen Aggressionstüchtigung – im Sommer 2020 ein „Bundeslager“ für weiße junge Männer (IBD 2020).

Ganz wichtig ist der autoritären Rechten die eindeutige Geschlechterbinarität: Es gebe nur zwei eindeutige Geschlechter, die biologisch bestimmt seien. Darauf beharrt nicht nur der AfD-Politiker Maximilian Krah (2024: 42), sondern auch Bundeskanzler Nehammer in seinem „Österreichplan“, wo er eine „klare rechtliche Konkretisierung der Geschlechter“ fordert (ÖVP 2024: 57). Die zentralen Begriffe hierfür sind „Natur“ und „Normalität“. Diese, so versprechen rechte

Übernahme von Inhalten der autoritären Rechten im „Österreichplan“ von Bundeskanzler Nehammer

Akteur:innen, werden sie wiederherstellen. Der Bezug auf eine natürliche Ordnung und die Verortung in der Natur enthält ein Sicherheitsversprechen und soll Kontrolle suggerieren.

Maskulinistische Identitätspolitik der autoritären Rechten verknüpft sich mit deren nationalistischer Identitätspolitik. Noch einmal Maximilian Krah, diesmal in einem Twitter-Video: „Echte Männer“ seien „Patrioten“ und sie seien „rechts“. Mit einer solchen Haltung „klappt's auch mit der Freundin“, verspricht er frustrierten Heteros.⁹

Die autoritäre Rechte greift also die ambivalente, widersprüchliche Situation auf, die der Neoliberalismus kreierte, und verschärft die Verunsicherung, nicht zuletzt durch exklusive Angebote der Zugehörigkeit aufgrund von Nationalität oder durch die vermeintliche Stabilität eindeutiger Geschlechterverhältnisse.

Im neoliberalen Verunsicherungskontext – angesichts der Gefahr des Verlusts von Wohlstand oder des Arbeitsplatzes – bieten rechtsautoritäre Anti-Gender-Strategien Anknüpfungspunkte für eine Re-Etablierung alter Gewissheiten, nämlich traditioneller Geschlechterkonstellationen und -hierarchien. Rechte Akteur:innen deuten die Ursachen sozialer Ungleichheit von einer Klassen- in eine Migrations-, Flüchtlings-, aber auch Geschlechterfrage um. Dieses Angebot einer maskulinistischen Identitätspolitik ist daher auch für bestimmte Frauen attraktiv, Frauen, die sich durch neoliberalen Ungleichheit, ihre Aktivierung zur Erwerbsarbeit und fehlende Sorgearbeitsinfrastruktur überfordert fühlen und daher fürchten, die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren, und sich daher von klaren Geschlechteridentitäten Gewissheit und Sicherheit erhoffen.

4. Autoritäre Anknüpfungspunkte und antideokratische Projekte rechter Parteien

Welche antideokratischen Folgen zeitigt diese neue rechte Geschlechterideologie? Der Verunsicherungsdiskurs, der die rechten Kampagnen wie ein Generalbass begleitet, führt gleichsam notwendig zu Vorschlägen von Versichertheitlichkeit, Kontrolle und Disziplinierung. Der autoritäre Charakter der politischen Rechten zeichnet sich durch eine Verknotung von Bedrohung, Kontrollverlust sowie Verunsicherung und dem Versprechen von Sicherheit durch Führung, Disziplin, Hierarchie, Unterordnung und Ausgrenzung, aber

Von „Mehr Demokratie wagen“ zu einem national-sozialen Projekt des Ausschlusses und der Exklusion

auch dem Recht auf Aggressivität aus. Rechte Akteur:innen formulieren eine autoritär-maskulinistische Strategie, also disziplinierende, hierarchische undführerzentrierte „Lösungen“ der neoliberalen Transformations„krisen“, die „autoritäre Versuchungen“ (Heitmeyer 2018) herausfordern und autoritärem Begehr Anknüpfungspunkte bieten.

Die autoritäre Rechte nimmt den Kulturmampf von 1968 wieder auf – war dies doch eine Epoche, in der Fragen von sozialer Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit ganz neue Antworten erhielten, in einen neuen hegemonialen Kompromiss eingebunden wurden, ein Kompromiss, den das Schlagwort „Mehr Demokratie wagen“ versinnbildlichte.

Das heutige autoritär-rechte Geschlechterprojekt soll einen neuen „Kompromiss“ vorbereiten und fügt sich in ein national-soziales Projekt (Balibar 2010) des Ausschlusses und der Exklusion ein. Autoritär-rechte Parteien und Bewegungen zielen nicht nur auf eine restriktive Immigrationspolitik, um Wähler:innenstimmen zu gewinnen, sie verfolgen vielmehr eine Neudeinition des Nationalstaats, nämlich auf der Basis eines ethnisch definierten Volkes und des Ausschlusses von als anders definierten Menschen. Dies ist verbunden mit neuen Vorstellungen von Fürsorge durch rechte Parteien und sozialem Zusammenhalt, einem „care racism“ (Mulinari & Neergaard 2017: 92) als neuer Form der Solidarität exklusiv innerhalb der nationalen Gemeinschaft.

Das Demokratiever sprechen der autoritären Rechten – sie beharren ja stets auf mehr direkter Demokratie – basiert also auf exklusiven Identitätskonstruktionen, der Ablehnung von Vielfalt und der Unmöglichkeit nicht nur von Geschlechtergleichheit, sondern von sozialer Gleichheit überhaupt. Die antide mokratische Dimension rechtsautoritärer Mobilisierung gründet in der Konstruktion von als natürlich betrachteter Ungleichheit und von Ausschluss, in Führung und Autorität sowie maskulinistischer Handlungsfähigkeit, in der Re-Etablierung von männlicher Verantwortungs- und Sorglosigkeit.

Demokratiever sprechen der autoritären Rechten basiert auf exklusiven Identitätskonstruktionen

Mit der neuen rechten Geschlechterideologie können schließlich zahlreiche Vorstellungen über das „Wir“, das „Volk“ und Demokratie transportiert werden. Am Geschlechterdiskurs wird deutlich, dass es der autoritären Rechten insbesondere um die Zerstörung einer politischen Idee des Demos, also jener Gruppe von Gleichen, die über

Zerstörung der politischen Idee des Demos als Gruppe von Gleichen und dessen Ersetzung durch eine ethnische Vorstellung vom „Volk“

ihre Belange selbst entscheiden sollen, geht und um deren Ersetzung durch eine ethnische Vorstellung vom „Volk“, einer Gruppe von Ähnlichen. Aus der natürlich-familiären und patriarchalen Vorstellung des Volkes folgt ein antidemokratischer Gestus gegen Selbstbestimmung und Volkssouveränität: Das über die Geschlechterfigur konstruierte Volk ist eine schwache, passive und handlungsunfähige Einheit, ein betrogenes Opfer, das vor der Verführung durch korrupte politische Eliten gerettet werden muss. Autoritär-rechte Führungs-persönlichkeiten imaginieren sich als Retter, sodass der laute Appell an das Volk als Souverän, die Forderung und das Versprechen direkt-demokratischer Verfahren eher einen Bedarf an Führung denn eine Chance zur Partizipation nahelegen. Repräsentativ-demokratische Verfahren, Normen und Regeln werden zwar im politischen Kampf um Macht instrumentalisiert, sie stehen dem politischen Projekt der autoritären Rechten allerdings nicht nur diametral gegenüber, sondern im Weg.

Anmerkungen:

- 1 Zur Zeit ist eine 1997 gegründete Wochenzeitschrift mit deutschnationaler Ausrichtung, herausgegeben u. a. vom FPÖ-Politiker und ehemaligen EU-Parlamentarier Andreas Mölzer.
- 2 Die Neue Freie Zeitung ist das wöchentlich erscheinende offizielle Parteiorgan der FPÖ.
- 3 Andreas Unterberger, einst Chefredakteur der liberal-konservativen Tageszeitung Die Presse, veröffentlichte diesen Text in einer Publikation des Verlags der rechtsautoritären Partei Team Stronach.
- 4 https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_06294/index.shtml# [abgerufen am 24.04.2024].
- 5 <https://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2014/12/pegida-positionspapier.pdf> [abgerufen am 24.04.2024].
- 6 <https://www.youtube.com/watch?v=FSXphiFknyQ> [abgerufen am 30.09.2021].
- 7 Björn Höcke auf einer Demonstration der Alternative für Deutschland im November 2015 in Erfurt, <https://www.youtube.com/watch?v=dvFJiPv93gc> [abgerufen am 24.04.2024].
- 8 Jongen bezieht sich hier auf Platon, vor allem aber auf seinen Lehrer Peter Sloterdijk (2008) und dessen Schrift Zorn und Zeit.
- 9 <https://twitter.com/cbgspender/status/1685343919943364608?s=48&t=BEj-mI6Vf07Fqgjf92br8oA> [abgerufen am 25.08.2023].

Literaturverzeichnis:

- » AfD (2016): *Grundsätze für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland. Kurzfassung*, [online] https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/02/2016-06-20_afd-kurzfassung_grundsatzprogramm_web-version_k.pdf [abgerufen am 22.04.2024].
- » Balibar, Etienne (2010): *Kommunismus und (Staats)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik*, in: Demirovic, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hrsg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden, S. 19–33.
- » Birsl, Ursula (1994): *Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensverläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen*. Opladen.
- » Dietze, Gabriele (2016): *Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht*, in: *Movements. Journal for critical migration and border regime studies*, 2/1, [online] <https://movements-journal.org/issues/03.rassismus/10.dietze--ethnosexismus.html> [abgerufen am 22.04.2024].
- » Farris, Sara R. (2017): *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femoneationalism*. Durham/London.
- » Forster, Edgar (2006): *Männliche Resouveränisierungen*, in: *Feministische Studien*, 2, S. 193–207.
- » FPÖ-Bildungsinstitut (2013): *Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs*, [online] https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf [abgerufen am 16.11.2018].
- » FPÖ Wien (2022): *FPÖ – Kohlbauer. Vorlesung von Dragqueen vor Kindern stoppen*. Austria Presse Agentur, OTS0062, [online] https://www.ots.at/presse-aussendung/OTS_20220603OTS0062/fpoe-kohlbauer-vorlesung-von-drag-queen-vor-kindern-stoppen [abgerufen am 22.04.2024].
- » Geden, Oliver (2004): *Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung*. Opladen.
- » Goetz, Judith (2017): „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...“ *Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der „Identitären“*, in: Götz, Judith et al. (Hrsg.): *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“*. Hamburg, S. 251–284.
- » Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- » Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung* 1. Berlin.
- » Höcke, Björn (2018): *Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning*. Lüdinghausen.
- » IBD (2020): *Identitäres Bundeslager*, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=DlOwMs2ghCs> [abgerufen am 21.08.2022].

- » Jongen, Marc (2017): *Migration und Thymos-Training, Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik*, [online] https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY [abgerufen am 05.07.2019].
- » Krah, Maximilian (2024): *Politik von rechts. Ein Manifest*. Schnellroda.
- » Kuhar, Roman / Paternotte, David (Hrsg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London.
- » Mayer, Stefanie / Sauer, Birgit (2017): "Gender ideology" in Austria: Coalitions around an empty signifier, in: Kuhar, Roman / Paternotte, David (Hrsg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London/New York, S. 23–40.
- » Mayer, Stefanie / Sori, Iztok / Sauer, Birgit (2016): Gendering "the people": heteronormativity and "ethno-masochism" in populist imagery, in: Ranieri, Maria (Hrsg.): *Populism, Media and Education. Challenging discrimination in contemporary digital societies*. London, New York, S. 84–104.
- » Mulinari, Diana / Neergaard, Anders (2017): *Theorizing racism. Exploring the Swedish racial regime*, in: *Nordic Journal of Migration Research* 7/2, S. 88–96.
- » ÖVP (2024): *Der Österreichplan von Bundeskanzler Karl Nehammer. Für Leistung. Für Familien. Für Sicherheit*. Wien.
- » Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge.
- » Reichel, Werner (2015): Der Genderismus und seine Opfer, in: Günther, Christian / Reichel, Werner (Hrsg.): *Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft*. Wien, S. 99–128.
- » Rommelspacher, Birgit (2011): *Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse*, in: Birsl, Ursula (Hrsg.): *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen, Farmington Hills, S. 43–68.
- » Rosenkranz, Barbara (2008): *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*. Graz.
- » Roth, Julia / Sauer, Birgit (2022): *Worldwide Anti-Gender Mobilization. Right-wing Contestations of Women's and Gender Rights*, in: Scheele, Alexandra / Roth, Julia / Winkel, Heidemarie (Hrsg.): *Global Contestations of Gender Rights*. Bielefeld, S. 99–114.
- » Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München.
- » Sloterdijk, Peter (2008): *Zorn und Zeit*. Frankfurt/M.
- » Unterberger, Andreas (2015): Die Männer: verunsichert, feige und perspektivarm, in: Günther, Christian / Reichel, Werner (Hrsg.): *Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft*. Wien, S. 145–160.
- » Wodak, Ruth (2020): *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse*. Wien, völlig neu bearbeitete Ausgabe.
- » Zastrow, Volker (2006): *Gender – Politische Geschlechtsumwandlung*. Waltrop.